Fahrradstraße soll Tempo-10-Zone vom Busbahnhof bis zum Wiehagen testweise ablösen

Die Tage der Tempo-10-Zone am Bergkamener Busbahnhof sind gezählt. Geplant ist jetzt den Bereich zwischen dem Kreisverkehr am Rathaus bis zur Polizei an der Einmündung "Am Wiehagen" zu einer Fahrradstraße zu machen. Was das genau bedeutet, wird am Mittwoch in öffentlicher Sitzung des Ausschusses für Bauen und Verkehr diskutiert.

Die Begrenzung der Geschwindigkeit auf 10 km/h war ohnehin nur als Test ausgewiesen gewesen. Ursprünglich sollte ein weiterer Test für diesen Abschnitt – Einbahnstraßen bei Tempo 30 – folgen. Davon will die Verwaltung absehen. Sie setzt darauf, dass sich zwei Tendenzen, die die erste Testphase ergeben haben, weiter verstärkt werden. Verkehrszählungen haben ergeben, dass der motorisierte Pkw-Verkehr um 20 Prozent in diesem Bereich zurückgegangen ist, während erheblich mehr Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrer (plus 287 Prozent) in diesem Streckenabschnitt unterwegs waren.

Weniger positiv fielen die Geschwindigkeitsmessungen aus. An die erlaubten 10 km/h hat sich eigentlich kaum ein Verkehrsteilnehmer gehalten. Viele fuhren Tempo 30 und mehr

In der Vorlage für den Ausschuss wird es zwar nicht erwähnt, doch es ist davon auszugehen, dass durch eine Zusatzbeschilderung es Anliegern erlaubt wird, die Fahrradstraße auch motorisiert zu befahren. Anlieger sind hier nicht nur die Anwohner, sondern alle die bei Braune frische Brötchen kaufen wollen, etwas im Bürgerbüro oder bei den GSW zu erledigen haben. Natürlich dürfen dann auch die VKU-Busse weiterhin fahren.

Für sie gelten allerdings auch Einschränkungen: Die

Höchstgeschwindigkeit liegt bei 30 km/h. Radfahrer, die dort auch nebeneinander Fahren dürfen, können nur dann überholt werden, wenn dies für sie gefahrlos möglich ist.

Mit der Einführung einer Fahrradstraße erhofft sich die Verwaltung die Fortsetzung der insgesamt positiven Entwicklung der Verkehrsberuhigung und gleichzeitig eine aktive Stärkung des Alltags- Radverkehrs in Bergkamen. Die Fahrradstraße wird während der Testphase ebenfalls durch Verkehrserhebungen begleitet und evaluiert. Die Verwaltung wird im Anschluss beide Varianten miteinander vergleichen, um festzulegen, ob und welche Variante dauerhaft umgesetzt wird.

Die rechtlichen Grundlagen für Fahrradstraßen:

Die straßenverkehrsrechtliche Anordnung erfolgt durch das Verkehrszeichen VZ 244.1 und VZ 244.2 ("Beginn bzw. Ende einer Fahrradstraße"). Zwischen diesen Verkehrszeichen gilt:

- Anderer Fahrzeugverkehr als Radverkehr darf Fahrradstraßen nicht benutzen, es sei denn, dies ist durch Zusatzzeichen erlaubt.
- Für den gesamten Fahrverkehr gilt eine Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h. Der Radverkehr darf weder gefährdet noch behindert werden. Wenn nötig, muss der Kraftfahrzeugverkehr die Geschwindigkeit weiter verringern.
- Das Nebeneinanderfahren mit Fahrrädern ist erlaubt.
- Im Übrigen gelten die Vorschriften über die Fahrbahnbenutzung und über die Vorfahrt.

BergAUF: "Grundsätzliche

Änderung der Gemeindefinanzierung wird für Bergkamen immer dringlicher"

Die Ratsfraktion von BergAUF fordert eine "grundsätzliche Änderung" der Gemeindefinanzierung. Dazu Fraktionsvorsitzende Claudia Schewior in einer Presseerklärung:

"Seit fast zwanzig Jahren fordert BergAUF eine grundsätzliche Änderung der Gemeindefinanzierung. Die großen Ratsparteien lehnten dies immer wieder ab — ohne Begründung.

Nun ist offenbar auch der Städtetag aufgewacht und stellt fest: "...viele Städte leben inzwischen von ihrer Substanz: Der Sanierungsstau bei Schulen, Straßen und Sportstätten ist unübersehbar", sagt der Geschäftsführer des Städtetages NRW, Helmut Dedy. Die Fraktionsvorsitzende von BergAUF, Claudia Schewior, geht noch weiter: "Wir sehen als Folge der Unterfinanzierung einen regelrechten Kahlschlag bei der Daseinsvorsorge für die breite Mehrheit: In Bergkamen wurden alle städtischen Bäder und Schwimmhallen geschlossen bis auf eines, einige Kindergärten und Schulen wurden ersatzlos aufgegeben, die vorhandenen sind teils in schlechtem Zustand, die der "freien Träger" leiden unter Personalmangel, Ortsstraßen verrotten; Personal in der Verwaltung wurde massiv abgebaut, so dass man auf eine Baugenehmigung warten muss, bis es keine Handwerker mehr gibt."

Auch in Bergkamen gibt es größere Investitionen nur, wenn dazu Fördermittel fließen. Bei der "Wasserstadt" droht dennoch ein Millionen-Flop für die Stadtkasse, während die RAG Millionen kassiert. Das Bauwerk für die RAG zur Hebung des Grubenwassers kommt der Stadtkasse teuer zu stehen – trotz Fördergeldern. Der Eigenanteil an den Kosten für die IGA galoppiert in die Höhe. Richtig kritisiert der Bund der Steuerzahler diese

"Fehlentwicklung der Förderpraxis … zu Lasten von objektiv dringlicheren Maßnahmen, die aber vollständig aus dem Stadtsäckel zu bezahlen wären. Er fordert "die allgemeine Finanzausstattung der Kommunen zu verbessern."

Genau in diesem Sinne stellte BergAUF bei allen Haushaltsberatungen Anträge. So heißt es im BergAUF-Antrag zum Haushalt 2020/21, der Rat der Stadt Bergkamen solle Landes- und Bundesregierung auffordern,

- 1. sich für eine Gemeindefinanzierungsreform einzusetzen, die zum Ziel hat, eine Gemeindesteuer von Unternehmen zu erheben, die verlässlich ist. Dies ist bei der Gewerbesteuer immer weniger der Fall. Deshalb sollte der vor Ort erwirtschaftete Umsatz eines Unternehmens Grundlage der Abführung von Steuern an die Kommune sein.
- 2. bundesweit gesetzliche Regelungen zu schaffen, die ein Schulden- und Zinsmoratorium, also eine Niederschlagung von Schulden und Zinslasten für hoch verschuldete Gemeinden wie z.B. die Stadt Bergkamen ermöglichen.

Auch das wurde von der Ratsmehrheit abgelehnt. Ob sie auch irgendwann zur Einsicht kommt? Die Diskussion um eine "Unternehmenssteuerreform" wie sie von Robert Habeck und Christian Lindner momentan geführt wird, geht genau in die verkehrte Richtung. BergAUF warnt jedenfalls schon jetzt davor, als Ausweg aus der Misere eine Grundsteuererhöhung vorzunehmen, um auf Kosten der breiten Mehrheit die größten Finanzlöcher zu stopfen!"

Erste Förderphase erreicht:

Stadtbibliothek und Stadtmarkt sollen zu einem Ort der Begegnung werden

Die Stadtbibliothek Bergkamen hat sich bei dem "Förderprogramm "Dritte Orte – Häuser für Kultur und Begegnung im ländlichen Raum" erfolgreich beworben. Die Förderung beinhaltet in der ersten Förderphase eine Landeszuwendung von 40.000 Euro, die durch Eigenmittel der Stadt (20 %) ergänzt werden. Das Ziel der ersten Förderphase ist die Erstellung einer Konzeption für einen Dritten Ort rund um den Marktplatz.

Das erarbeitet Konzepte dient dann als Grundlage für einen weiteren Landesmittelantrag zur Realisierung des Konzeptes für den bis zu weitere 450.000 Euro als Landeszuwendung beantragt können. "Damit auch Umsetzuna einer Handlungsempfehlungen der Kulturentwicklungsplanung: Aufgrund der besonderen Lage mit dem Marktplatz vor der Haustür ist die Bibliothek der richtige Ort". heißt e s in Pressemitteilung. Der Marktplatz werde derzeit regelmäßig und stehe so im Fokus; er stelle einen optimalen Anlaufpunkt dar.

Wichtige kommunale Kooperationsparter werden vhs, Pestalozzihaus und Jugendamt sein. Dazu alle Interessierten, freie und private Institutionen und Vereine. Das Konzept des "Dritten Ortes" stammt von dem Soziologen Ray Oldenburg. Gemeint ist damit ein Ort, der neben dem Zuhause (Erster Ort) und der Arbeit bzw. der Schule (Zweiter Ort) Ausgleich ermöglicht. Dritte Orte sind (halb-)öffentliche Orte, an denen Menschen sich begegnen, Beziehungen aufbauen, Ideen austauschen und ihr Gemeinschaftsgefühl stärken. Klassische Beispiele sind Cafés, Museen, Parks oder Bibliotheken, also Orte, die bewusst nichts mit dem Ersten und Zweiten Ort zu tun haben.

Als zentraler Ort in der Stadtmitte soll diese Rolle in Zukunft bei der Stadtbibliothek lokalisiert werden, im engen Verbund mit zahlreichen lokalen Trägern und kommunalen Einrichtungen (z.B. Jugendkunstschule, Volkshochschule).

Ein zentraler Aspekt der Etablierung des Dritten Ortes in und vor der Stadtbibliothek ist daher die Entwicklung, Gestaltung und regelmäßige Nutzung des direkt anliegenden Marktplatzes im Zusammenspiel mit den Räumlichkeiten der Stadtbibliothek. Dies soll in enger Zusammenarbeit vieler Beteiligter, Vereine, Initiativen, AnwohnerInnen, engagierte BürgerInnen bereits vorhandene NutzerInnen und KooperationspartnerInnen der Stadtbibliothek sowie den städtischen Fachämtern geschehen und als Prozess der Konzeptentwicklung sehr offen angegangen werden. Erste Ideen sind vorhanden, z.B. eine Konzertmuschel, flexibles (Sitz-)Mobiliar und Outdoor-Spielmöglichkeiten, sollen aber im Prozess noch einmal neu überdacht werden.

Durch die Etablierung dieses zentralen Quartiers, das viele Institutionen sowie einen geräumigen Marktplatz umfasst, werden Synergien der Bereiche Kunst, Kultur, Soziales, Bildung, Sport und Begegnung geschaffen und ein umfangreiches Freizeit-, Bildungs- und Bewegungsangebot für die Stadtbevölkerung bereitgestellt.

Die koordinierende Rolle der Entwicklung eines Konzeptes übernimmt eine externe Agentur, die mit derartigen Projekten Erfahrungen hat. Sie hat den Hut auf für die Prozessentwicklung, der internen Konzeptentwicklung mit den Beteiligten Einrichtungen der Stadt, der Akteursspezifikation und der Vorbereitung eines Förderantrages nach Ablauf der Förderphase 1. Die Agentur nutzt dafür ihre Vernetzung mit weiteren spezialisierten Agenturen.

Synergien nutzen: Ent- und Versorgungsunternehmen tauschen sich über Baumaßnahmen aus



Austausch in großer Runde: Vertreter der Ent- und Versorgungsunternehmen aus Kamen, Bönen und Bergkamen trafen sich nun bei den GSW, um sich über anstehende Baumaßnahmen auszutauschen und mögliche Synergieeffekte zu nutzen.

Baumaßnahmen effizient planen: Um bei anstehenden Baumaßnahmen Synergien zu nutzen, tauschen sich die Vertreter der Ent- und Versorgungsunternehmen regelmäßig aus. Zum Jahresbeginn fand das Treffen nun zum ersten Mal bei den Gemeinschaftsstadtwerken (GSW) Kamen, Bönen, Bergkamen statt.

"Wie können wir künftige Baumaßnahmen möglichst effizient und ökonomisch zusammen durchführen?" Diese und weitere Fragen stellten sich die 23 Vertreter der beteiligten Ver- und Entsorgerträger sowie die zuständigen Straßenbaulastträger bei ihrem diesjährigen Auftakttreffen. Beim gemeinsamen Blick auf die für 2024 geplanten Baumaßnahmen in Kamen, Bönen und Bergkamen geht es grundsätzlich vor allem darum, anstehende Arbeiten zu bündeln. Damit lassen sich die einzelnen Maßnahmen nicht nur effizient und ökonomisch gestalten, sondern die Beeinträchtigungen für die Bürgerinnen und Bürger möglichst minimieren. Eine beispielhafte Maßnahme sind Kanalbauarbeiten, die am neuen Sesekebad in Kamen in diesem Jahr anstehen. "Hier werden wir gleichzeitig in diesem Zusammenhang Gas-, auch die Wasseru n d Stromversorgungsleitungen umlegen. Die Straße muss dann nicht noch einmal - nach dem erforderlichen Neuausbau - gesondert werden", erklärt aufgebrochen Markus Sachbereichsleiter Planung und Bau (Wärme) bei den GSW. An welchen Stellen künftig noch parallel Arbeiten stattfinden können, darüber tauschten sich die Teilnehmer an diesem Tag aus. Neben dem Auftakttreffen am Anfang des Jahres kommen die Vertreter der Veru n d Entsorgerträger sowie Straßenbaulastträger mehrfach im Jahr zusammen, um sich über geplante Baumaßnahmen auszutauschen mögliche und Synergieeffekte zu nutzen.

Folgende Ver- und Entsorgerträger und Straßenbaulastträger waren vertreten: GSW, Gelsenwasser, Landesbetrieb Straßen NRW, Deutsche Telekom, Stadt Kamen, Stadtentwässerung Kamen, Stadt Bergkamen, Stadtbetrieb Entwässerung Bergkamen, Gemeine Bönen.

Antrag der CDU-Fraktion: Bergkamen soll sich am "Heimatpreis NRW" beteiligen



250 Städte und Gemeinden haben sich im vergangenen Jahr am Wettbewerb "Heimatpreis NRW" beteiligt. Nach Auffassung der CDU-Fraktion soll künftig auch Bergkamen dabei sein. Einen entsprechenden Antrag hat die Union für die nächste Sitzung des Stadtrats gestellt. Die ausgelobten Preisgelder werden vom Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung Nordrhein-Westfalen übernommen. Der Stadt Bergkamen entstehen so keine weiteren Kosten.

"Mit dem Landes-Heimat-Preis drückt die Landesregierung ihre Anerkennung und Dankbarkeit für die geleistete Arbeit aus und möchte einen Anreiz für weitere Aktivitäten zur Stärkung der Gemeinschaft in Nordrhein-Westfalen geben. Mit der Verleihung können wir das große Spektrum an Möglichkeiten und besonders interessante Beispiele für Heimat-Projekte sichtbar machen", sagt die zuständige Ministerin Ina Scharrenbach.

In einem ersten Schritt werden förderungswürdige initiative auf lokaler Ebene ausgewählt. Wie Fraktionschef Thomas Heinzel erklärte, soll in Bergkamen der Kulturausschuss nach den Vorstellungen der CDU als Jury dienen. Der Preisträger kann ein Preisgeld vom bis zu 5000 Euro zur Stärkung seiner erhalten. Außerdem nimmt der lokale Preisträger am Landeswettbewerb teil.

Wer sich die drei Preisträger des vergangenen Jahres genau ansieht, wir feststellen, dass der "Heimatpreis NRW" nichts mit "Heimattümelei" zu tun hat.

"Stadttouren — geführt von aktuell oder ehemals obdach- bzw. wohnungslosen Menschen" ist eines der ausgezeichneten Projekte in Bonn. Dieses Projekt soll den Blick auf Heimat weiten und Perspektiven, die für die meisten ungewohnt und neu sind, eröffnen. Das Bonner Projekt von "stadtstreifen e.V." führt zu Wegen, Plätzen und Orten, die für wohnungslose oder ehemals wohnungslose Menschen ein Zuhause sind oder waren.

Ein weiterer Landes-Heimat-Preis geht an das Projekt "Heimat: Gestern und Morgen!? — Eine Momentaufnahme einer diversen Generation". Das Dortmunder-Projekt macht junge Menschen aus verschiedenen Ländern, die seit einiger Zeit im Ruhrgebiet leben, zu eigenständigen Akteurinnen und Akteuren bei der Entdeckung und Interpretation von Heimat und Heimaten. Unterstützt durch ihre Kameras gingen sie auf Heimatsuche. Die entstandenen Bilder werden in einer Wanderausstellung zusammengestellt und präsentiert.

Das dritte ausgezeichnete Projekt ist "3-Landschaftserlebniswelten Möhnetal". Der Skywalk im Möhnetal war kein "schlüsselfertiges" Objekt, sondern wurde von der Idee über konkrete Projektskizzen und -pläne bis hin zu den konkreten Arbeiten in ehrenamtlicher Regie der Dorfinitiative Allagen/Niederbergheim e.V. und stark engagierten

Einzelpersonen organisiert und realisiert.

Weitere Infos zum Heimatpreis NRW gibt es hier: https://www.mhkbd.nrw/foerderprogramme/heimat-preis

Bergkamener Stadtprinzenpaar Jasmin I. und Carsten I. beim närrischen Landtag



Das Stadtprinzenpaar Jasmin I. und Carsten I. sind im Dauereinsatz. Nun ging es auf Einladung der Landtagsabgeordneten Silvia Gosewinkel nach Düsseldorf, zum Närrischen Landtag. "Ich freue mich über Besuch aus dem Wahlkreis von Rot-Gold Bergkamen, dem einzigen Karnevalsverein aus meiner Heimat", sagt Silvia Gosewinkel. "Es war eine ganz besondere Stimmung mit den ganzen Prinzenpaaren hier im Landtag. Mich hat der Besuch sehr gefreut und wir haben tolle Stunden miteinander verbracht!", fügt Gosewinkel hinzu.

Die SPD-Landtagsfraktion lud außerdem zu einer Party vor dem offiziellen Programm ein. Alle Angeordneten der SPD-Fraktion steuerten regionale Köstlichkeiten zum Buffet bei. Silvia Gosewinkel brachte Popcorn der bekannten Firma Busemann aus Bergkamen mit.

Ein Highlight war in diesem Jahr der SPD-Orden, den Gosewinkel auch ihren Gästen verlieh. "Hier spielt die Musik", steht auf der Medaille. Damit wird Ministerpräsident Hendrik Wüst auf die Schippe genommen. "Der Ministerpräsident zeigt immer nach Berlin, statt eigene Lösungen auf den Weg zu bringen. Das darf nicht sein. Deswegen, sagen wir: Hier in NRW spielt die Musik", sagt Gosewinkel.

Sieben neue Stolpersteine in Rünthe sind eine Mahnung: "Nie wieder ist jetzt"



Gunter Demnig verlegt an der Kanalstraße den Stolperstein fü Wilhelm Lichtenberg

Zum dritten Mal ist am Montag der Aktionskünstler Gunter Demnig nach Bergkamen gekommen, um weitere Stolpersteine gegen das Vergessen zu verlegen. Sie sollen an die Opfer der Nazi-Herrschaft erinnern. Platziert werden sie jeweils vor den zuletzt bekannten Wohnadressen von Menschen, die von den Nazis drangsaliert, in Konzentrationslagern und Zuchthäusern weggesperrt oder ermordet wurden. Diese aktuelle Stolperstein-Aktion reihe sich unter dem Motto "Nie wieder ist jetzt" in die landesweiten Proteste gegen Rechts und insbesondere gegen die AFD ein, erklärte Bürgermeister Bernd Schäfer.

Demnig hat das Erinnerungsprojekt vor 30 Jahren ins Leben gerufen. Mittlerweile hat er in mehr als 20 Ländern über 100.000 Stolpersteine verlegt, die den Verfolgten der NS-Diktatur gewidmet sind. Die dritte Auflage der Stolperstein-Aktion in Bergkamen konzentrierte sich auf den Stadtteil Rünthe. Bei den ersten beiden von insgesamt sieben Stationen gab es doch einen großen Kreis interessierter Bürgerinnen und Bürger. Ein Grund ist sicherlich, dass Wilhelm Lichtenberg und Paul Prinzler nach dem Ende der NS-Herrschaft in der Rünther

Kommunalpolitik wichtige Rollen gespielt hatte. Lichtenberg war für die CDU-Mitglied des Gemeinderats, Prinzler (SPD) sogar Bürgermeister.

Manuel Izdebski vom Arbeitskreis Bergkamener Stolpersteine berichtete über das Leben und die Inhaftierung von Wilhelm Lichtenberg. Diese Aufgabe hatten bei Paul Prinzler drei Schüler des Städtischen Gymnasiums übernommen. Die Verlegung der Stolpersteine für Reinhold und Agnes Knull gestalteten Schülerinnen und Schüler der Willy-Brandt-Gesamtschule. Erstmals war mit dem SuS Rünthe ein Sportverein an der Stolperstein-Aktion in Bergkamen beteiligt gewesen. Der SuS-Vorstand würdigte die Verdienste von Franz Magalowski.

Am Montagabend hatte der "Arbeitskreis Bergkamener Stolpersteine" zu einer Veranstaltung mit dem Künstler Gunter Demnig ins Stadtmuseum eingeladen.

Für folgende Personen verlegt Gunter Demnig Stolpersteine:

Wilhelm Lichtenberg sen., Kanalstr. 11

Wilhelm Lichtenberg war Mitglied der KPD und befand sich im Widerstand gegen die Nazis. Vom 12. Juni bis 23. Dezember 1933 wurde er in Schutzhaft genommen und in den Konzentrationslagern Schönhausen und Neusustrum interniert. Er wurde wegen Vorbereitung zum Hochverrat verurteilt und saß vom 12. Juni 1934 bis 3. August 1935 eine Gefängnisstrafe in Hamm ab. Er überlebte seine Verfolgung, wurde nach Krieg und Diktatur ein Mitglied der CDU und gehörte dem Gemeinderat von Rünthe an.

Paul Prinzler, Kanalstr. 13

Paul Prinzler war Sozialdemokrat und zog 1929 erstmals in den Gemeinderat von Rünthe ein. Zu dieser Zeit wurde er auch Vorsitzender der SPD-Ortsgruppe Rünthe. Am 15. April 1933 verlor Prinzler aus politischen Gründen seinen Beruf als Hauer auf der Zeche Grimberg. Bis zum 30. September 1936 blieb er

mit einem Berufsverbot belegt. Am 18. April 1933 wurde Prinzler in Schutzhaft genommen und im KZ Schönhausen eingesperrt, wo er bis zum 3. Mai 1933 inhaftiert blieb. Am Tag seiner Freilassung musste er im Gemeinderat von Rünthe die Auflösung des SPD-Ortsvereins verkünden. Nach der Diktatur wurde er Bürgermeister der Gemeinde Rünthe und Amtsbürgermeister des Amtes Pelkum.

Eheleute Reinhold und Agnes Knull, Platz von Hettstedt

Die Eheleute Reinhold und Agnes Knull waren Mitglied der KPD und befanden sich aktiv im Widerstand. In ihrer Wohnung in der damaligen Schulstraße (heute Rünther Str.) befand sich eine kleine Druckerpresse, um illegale Schriften herzustellen. Reinhold Knull wurde bei einer Verhaftungswelle am 12. April 1933 in Schutzhaft genommen, seine Frau Agnes am 18. April 1933. Beide wurden zunächst im KZ Schönhausen und dann im KZ-Brauweiler gefangen gehalten. Agnes Knull wurde am 5. August 1933 aus der KZ-Haft entlassen, blieb aber mit einem Berufsverbot belegt. Ihr Ehemann Reinhold blieb bis zum 19. August 1933 eingesperrt. Die Familie musste ihre Wohnung aufgeben und sie einem Mitglied der NSDAP überlassen. Nach der Diktatur lebten die Eheleute in der Schlägelstraße.

Frieda Mehring, Schlägelstr. 13

Frieda Mehring wurde am 15. September 1943 von einem Sondergericht in Hamm wegen verbotenen Umgangs mit Kriegsgefangenen zu einer sechsmonatigen Gefängnisstrafe verurteilt. Ihr Verbrechen bestand darin, ausgehungerten russischen Kriegsgefangenen am Schacht III etwas Brot gegeben zu haben. Ihre Haftstrafe saß sie in den Gefängnissen von Hamm, Essen und Schwelm ab. Am 14. März 1944 wurde sie wieder entlassen.

Franz Magalowski, Taubenstr. 24

Franz Magalowski war Vorsitzender der "Freien Elternvereinigung" in Rünthe und Mitglied im Vorstand der

Spielvereinigung Rünthe, einem Vorläufer des heutigen SuS Rünthe. Er gehörte keiner Partei an, engagierte sich aber für die Errichtung einer weltlichen Schule in der Gemeinde. Vom Lehrer Ernst Schwanitz, zugleich stellvertretender Stützpunktleiter der NSDAP in Rünthe, wurde er deshalb denunziert. Magalowski wurde am 6. Mai 1933 wegen Beleidigung vom Strafgericht in Dortmund zu einer zweimonatigen Gefängisstrafe verurteilt, die er im Gefängnis "Lübecker Hof" in Dortmund absitzen musste.

Albert Klinge, Westfalenstr. 48

Albert Klinge war von Beruf Hauer. Nach einem Schlaganfall blieb er körperbehindert und wurde deshalb am 2. November 1936 in die Heilanstalt Warstein eingewiesen. Am 26. Juli 1943 erfolgte seine Verlegung in die Heilanstalt Weilmünster, von dort ging es für ihn im September 1944 in die Heilanstalt nach Hadamar, wo er Opfer der NS-Euthanasie wurde. Albert Klinge wurde am 7. November 1944 ermordet. Seine Witwe lebte später in der Kettelersiedlung.

SPD Rünthe wandert durch Rünthe-Süd und gedenkt Opfern der NS-Zeit



Während der Wanderung wurden die Stolpersteine geputzt.

Am 27. Januar veranstaltete der SPD Ortsverein Bergkamen-Rünthe seine traditionelle Neujahrswanderung für Mitglieder und interessierte Bürgerinnen und Bürger. Das Datum wurde in diesem Jahr nicht ohne Grund gewählt: Der 27. Januar ist der Gedenktag der Opfer des Nationalsozialismus.

"Auch in Rünthe gab es viele Menschen, die in Konzentrationslager gesperrt wurden und Opfer der wirren Euthanasie der Nazis wurden", weiß der stellvertretende Ortsvereinsvorsitzende Alexander Höll zu berichten.

Dieser führte die Mitglieder zu den drei Stolpersteinen in Rünthe-Süd und gab einen Einblick in die Schicksale der Menschen hinter den Steinen.

So liegen in Rünthe-Süd zwei Steine für durch die Nazis ermordete Kinder. Christa Vertchewal etwa wurde kein Jahr alt.

Die Familie mütterlicherseits galt als erblich belastet. Die Mutter von Christa wurde nach der Geburt zwangssterilisiert und Christa selber vier Monate später in das Konzentrationslager Aplerbeck deportiert. Mit ca. sieben Monaten wurde sie durch die Nazis ermordet.

Ein weiteres Euthanasie-Opfer ist Willi Domick. Dieser kam noch vor der Machtergreifung der Nazis als uneheliches Kind zur Welt. Willis Beine waren vollständig gelähmt. Sein Vater diente später an der Front, während die Mutter schon lange tot gewesen ist. Als der Vater an der Front fiel, wurde Willi durch einen Arzt untersucht und unter Amtsvormundschaft in das Krankenhaus in Werne eingewiesen. Er starb mit 13 Jahren in der Heilanstalt Marsberg.

Ein weiterer Stolperstein in Rünthe-Süd wurde für den letzten Bürgermeister der Altgemeinde Rünthe August Kühler verlegt. Der während der NS-Zeit als politischer Staatsfeind eingestufte Kühler durchlief unterschiedliche Standorte während seiner 14 monatigen Haft. Dazu gehörten u.a. das Gerichtsgefängnis Hamm, das Zentralgefängnis Wittich/Mosel und das Konzentrationslager Schönhausen in Bergkamen. Nach dem Krieg und dem Verbot der KPD wurde er Mitglied der SPD und Teil des Gemeinderates. Nach dem Tod des "Bürgermeisters von Format" Paul Prinzler, wie Kühler ihn nannte, wurde er sein Nachfolger und vollendete Prinzlers Lebenswerk – die Gründung der Stadt Bergkamen. Er starb 1972 in Rünthe-Süd.

Die Teilnehmenden nutzten nach den informativen Vorträgen des Jungpolitikers die Möglichkeit und reinigten gemeinsam die Stolpersteine.

Nach der Wanderung konnten sich die Teilnehmenden auf eine warme Suppe und nette Gespräche mit den drei Rünther SPD-Ratsfrauen und der Landtagsabgeordneten Silvia Gosewinkel freuen.

Der Ortsverein bedankt sich für die rege Teilnahme von Jung

und Alt und verweist auf die Verlegung einiger neuer Stolpersteine in Rünthe am 30. Januar ab 12:30 Uhr in der Kanalstraße und weiterer umliegenden Standorte.

Hubert Hüppe einstimmig als Kreisvorsitzender der Senioren Union wiedergewählt



Der neue Vorstand der Senioren Union. Foto: Stephan Wehmeier

Bei der jüngsten Mitgliederversammlung der Senioren Union Kreis Unna (SU) im Bergkamener Treffpunkt wurde der heimische Bundestagsabgeordnete Hubert Hüppe einstimmig als Kreisvorsitzender wiedergewählt. Im Mittelpunkt der Versammlung, an der rund 50 Mitglieder der CDU-Kreisvereinigung teilnahmen, standen die Neuwahlen des Kreisvorstandes und der Delegierten.

Neben den Wahlen standen Grußworte prominenter Gäste auf der Tagesordnung, darunter der langjährige Bundesvorsitzende der Senioren-Union, Prof. Dr. Otto Wulff, der CDU-Kreisvorsitzende Marco Morten Pufke sowie der Bezirksvorsitzende der Senioren-Union Ruhrgebiet, Jürgen Zeller.

In seinem Bericht ging Hubert Hüppe auf die vergangene Amtszeit und die zahlreichen politischen Initiativen der Senioren Union ein, unter anderem zu den Themen Arzneimittelengpässe und Energiepauschale. Er unterstrich die Bedeutung der Senioren Union als Sprachrohr der älteren Generation und betonte, dass die Vereinigung nicht nur für Gemeinschaft, sondern auch für konkrete politische Ziele stehe. Man wolle die CDU unterstützen, aber auch prägen. Es seien gerade Lebensältere wie Herbert Reul und Karl-Josef Laumann gewesen, die bei den Landtagswahlen für die CDU gepunktet hätten. Vor diesem Hintergrund verabschiedete die Versammlung einstimmig einen politischen Leitantrag, der eine gerechte Anpassung des steuerlichen Grundfreibetrages für Rentner fordert.

Prof. Dr. Otto Wulff würdigte in seiner Rede die Leistungen von Hubert Hüppe im Bundestag und hob die Bedeutung der älteren Generation in der Politik hervor. Er erinnerte an die Herausforderungen der Nachkriegszeit, den Wiederaufbau Deutschlands aus Trümmern und rief dazu auf, aus dieser Geschichte Optimismus und Mut für die aktuellen Herausforderungen zu schöpfen. Wulff sprach sich für ein starkes Europa und die Werte der abendländischen Kultur aus betonte die Notwendigkeit von Geschlossenheit und Engagement in der CDU, um künftige Wahlen zu gewinnen und die europäische Einheit zu stärken.

Der CDU-Kreisvorsitzende Marco Morten Pufke dankte den Mitgliedern der Senioren-Union für ihren unermüdlichen Einsatz und betonte die Unverzichtbarkeit ihrer Arbeit für die Gesellschaft.

Der neue Vorstand der Senioren Union Kreis Unna im Überblick:

Kreisvorsitzender: Hubert Hüppe (Werne), Stellv. Kreisvorsitzende: Rosemarie Degenhardt (Bergkamen), Heide Willimek (Werne), Schriftführer: Dieter Böhmer (Schwerte), Beisitzer: Willy Dorna (Holzwickede), Jörg-Uwe Ebner (Lünen), Irmhild Flormann (Schwerte), Reinhard Hasler (Werne), Rudi Hölmer (Fröndenberg), Willi Kemna (Kamen), Rita Lapoehn (Bergkamen), Mario Neubauer (Werne), Dieter Senker (Fröndenberg), Dietmar Wünnemann (Kamen).

SPD Weddinghofen-Heil lädt zur Bürgersprechstunde ein

Am kommenden Samstag, 3. Feburar, von 10:30-11:30 Uhr wird SPD-Ortsverein Weddinghofen-Heil seine erste der Bürgersprechstunde in Form der AnsprechBar wieder vor der Barbara-Apotheke an der Schulstraße in Weddinghofen anbieten. Vor Ort seien werden u.a. die Ratsfrau Alexandra Meinberg Vorsitzende sowie der des Ortsvereins Kreistagsabgeordneter Jens Schmülling. Ebenfalls vor Ort sein wird dieses Mal die hiesige Landtagsabgeordnete Silvia Gosewinkel MdL, die insbesondere für sämtliche Themen rund um die Landespolitik mit Rat und Tat zur Verfügung stehen wird. Die lokalen Politiker freuen sich auf viele gute Gespräche bei einer Tasse Kaffee oder Tee und den gemeinsamen Austausch über aktuelle Themen und Hinweise darüber, wo evtl. der Schuh

Kranzniederlegung: Erinnerung an die Gräueltaten der Nationalsozialisten muss wachgehalten werden



Kranzniederlegung an der Gedenkstätte am heutigen Gemeindehaus der Ev. Freikirchlichen Gemeinde Bergkamen am vergangenen Samstag.

Der stellvertretende Bürgermeister Kay Schulte hat am Samstag, am Jahrestag der Befreiung des KZ Auschwitz und dem Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus, mit Vertreterinnen und Vertretern der Stadtratsfraktionen einen Kranz an der Gedenkstätte am Gemeindehaus der Freikirchlichen Gemeinde Bergkamen an der Lentstraße niedergelegt. In diesem Gebäude befand sich vom 12. April 1933 bis zum 24. Oktober 1933 das Konzentrationslager Schönhausen, in dem die Nazis rund 1000 Gegnerinnen und Gegner des Regimes interniert und auch gefoltert hatten. Die Erinnerung daran müsse angesichts des Erstarkens neonazistische Kräfte in Deutschland wachgehalten werden, um die Demokratie zu stärken, erklärte Schulte.

Das KZ Schönhausen



Ehemaliges Wohlfahrtsgebäude in der Bergarbeitersiedlung Schönhausen

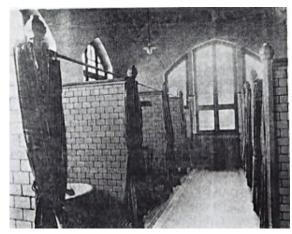
Der durch den damaligen Reichskommissar für das preußische Innenministerium Hermann Göring eingesetzte kommissarische Landrat im Kreis Unna, Wilhelm Tengelmann, ließ am 12. April 1933 in den frühen Morgenstunden 489 führende Mitglieder der KPD durch die Polizei und ihre nazitreuen Hilfskräfte verhaften. Ein großer Teil wurde zum neu eingerichteten KZ Schönhausen in der damaligen Bergarbeitergemeinde Bergkamen gebracht. Die übrigen Gefangenen wurden zu umliegenden Gefängnissen, Zuchthäusern und Sammellagern transportiert – unter anderem zur berüchtigten Dortmunder Steinwache. Dort, aber auch in Schönhausen gehörten Folter und Misshandlungen durch die Wachmannschaft zum Alltag der Gefangenen.

Als "sadistisch und pervers" bezeichnete der Kaufmann Dr. Busch aus Unna in einem Beschwerdebrief an den Nachfolger von

Tengelmann die Quälereien, die er nachts am 13. April 1933 in Bergkamen erlitten hatte. Geschlagen worden sei er von SA- und SS-Leuten mit einer Eisenstange und einem Gummiknüppel. Folge der Schläge auf seinen Kopf sei der Verlust seines Geruchssinnes.

Fast 1000 Frauen und Männer in "Schutzhaft"

Fast 1000 Frauen und Männer gerieten bis zur Auflösung des Lagers am 24. Oktober 1933 in Schönhausen in die sogenannte Schutzhaft. Den KPD-Mitgliedern folgten Sozialdemokraten, Gewerkschafter und auch rund ein Dutzend Personen jüdischen Glaubens. Da das KZ Schönhausen nach Schätzung des ehemaligen Bergkamener Stadtarchivars Martin Litzinger lediglich bis zu 200 Häftlingen aufnehmen konnte, musste möglichst schnell Platz durch Verlegungen in andere Sammellager und Zuchthäuser geschaffen werden. Auch dafür hatte Landrat Wilhelm Tengelmann dank seiner hervorragenden Verbindungen zum preußischen Innenminister Göring und zu dessen Polizeiführung im Ruhrgebiet und Rheinland gesorgt.



Waschkabinen Wohlfahrtsgebäude

im

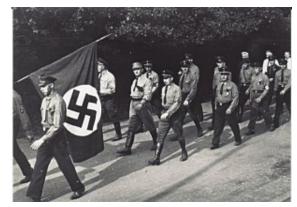
Wegen des Platzmangels gab es außer einigen Stühlen keine Möbel. Von den Wachmannschaften erhielten die Häftlinge nur trockenes Brot sowie dünnen Kaffee oder Brühe. Weitere Verpflegung brachten Angehörige. Misshandlungen und Folterungen der Inhaftierten standen auf der Tagesordnung.

Bereits am 15. April 1933 erfolgte per Bahn der erste Sammeltransport mit 60 Gefangenen zum Konzentrationslager Brauweiler in Pulheim bei Köln. Wenige Stunden später erhängte sich dort der Häftling und ehemalige KPD-Funktionär Ernst Bronheim. Für die Historiker Hermann Daner und Josef Wißkirchen, die die Geschichte des KZ Brauweilers erforscht haben, steht fest, dass die Ursache für diesen Selbstmord in den vorher erlittenen Misshandlungen in Schönhausen zu suchen seien.

Gerüchte, Bronheim sei während des Transports von Wachmannschaften erschossen worden, dementierte die NS-Nachrichtenstelle im Kamener Rathaus sofort und drohte, wer in Zukunft solche Gerüchte in die Welt setze, "wird sofort verhaftet".

Einschüchtern und gefügig machen

Die neuen Machthaber machten keinen Hehl daraus, was hinter den Mauern des Wohlfahrtsgebäudes geschah. Ihr Ziel war es, die Bergkamener Bergarbeiter und deren Angehörige einzuschüchtern und gefügig zu machen.



SA marschiert durch Bergkamen.

Die Schreie der Geguälten waren bis weit in die

Bergarbeitersiedlung Schönhausen zu hören. Mindestens zwei Mal standen Berichte über das Lagerleben im Hellweger Anzeiger und anderen nicht verbotenen Tageszeitungen im Kreis Unna. "Das neue Deutschland aber will ein Kulturstaat sein und deshalb auch mit seinen jetzt ohnmächtigen Feinden menschlich verfahren", heißt es beschönigend in der Ausgabe des HA vom 30. Mai. Und nur wenige Sätze weiter: "Hier lernen sie endlich einmal das Gesetz des Unterordnens; denn hier gilt nur ein Wille: der des Lagerkommandanten, und der wieder handelt nach dem Willen und im Sinne unseres großen Führers Adolf Hitler."

Vermutlich hat auch hier kein Redakteur das Lager von innen gesehen. Gedruckt wurde das, was die die NS-Nachrichtenstelle im Kamener Rathaus als Text vorgegeben hatte. Das geschah auch so einen Monat vorher bei einem Bericht über die "Geburtstagsfeier" für Adolf Hitler am 20. April 1933. Im Kamener Stadtarchiv befindet sich dazu das Manuskript, das am 24. April 1933 im Hellweger Anzeiger veröffentlicht wurde.

"Umerziehungslager"

Die neuen lokalen NS-Herrscher betrachteten das "Konzentrationslager Schönhausen" als eine Art Umerziehungslager, in dem sie die Insassen folterten und misshandelten. Direkte Todesfälle sind nicht bekannt, doch manche Insassen wurden durch den Terror so gebrochen, dass sie sich später das Leben nahmen.

Verantwortlich für die Einrichtung des KZ Schönhausen waren die örtlichen Nazi-Größen. So erklärte der Bürgermeister des Amtes Pelkum, zu dem die Altgemeinde Bergkamen damals gehörte, am 22. März 1933: "Es ist zwingend notwendig, die schnellste Schaffung von Konzentrationslagern durchzuführen." Das erledigte Landrat Wilhelm Tengelmann im ehemaligen Wohlfahrtsgebäude in Schönhausen innerhalb von gut drei Wochen.

Gerade dort ein Konzentrationslager einzurichten, hatte

mehrere Gründe. So war zu diesem Zeitpunkt das Deutsche Reich Eigentümer des Gebäudes wie auch der Schachtanlagen Monopol in Kamen und Grimberg 1/2 in Bergkamen samt der dazugehörigen mehreren Tausend Bergarbeiterwohnungen in beiden Städten. Vorher gehörte es als Teil der Gelsenkirchner Bergwerks-Gesellschaft zum Montan-Imperium des Industriellen Friedrich Flick.

der Finanzjongleur Flick geriet durch den Börsenzusammenbruch 1929 die und nachfolgende Weltwirtschaftskrise finanziell ins Straucheln. Kursverfall seines Aktienbesitzes sorgte dafür, dass sie keine Sicherheiten für seine Bankschulden mehr boten. Gerade zur rechten Zeit kursierten Gerüchte, eine französische Bank hätte Flick ein derart interessantes Angebot für seine Zechen an der Ruhr unterbreitet, dem er eigentlich nicht widerstehen könne. Damit dieser wichtige Teil der deutschen Wirtschaft nicht in die Hände des "Erbfeindes" fallen konnte, kaufte die Reichsregierung unter Kanzler Brüning die Gelsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft zu einem vielfachen des Aktienkurses.

Während Flick zwar mit Blessuren, aber keineswegs als armer Mann die Krisenjahre überstand, litten die Bergleute auf den Schachtanlagen im Kamen und Bergkamen bittere Not. Wegen der geringen Nachfrage nach Kohle wurden viele Kumpel arbeitslos und diejenigen, die noch auf den Lohnlisten standen, mussten empfindliche Einkommensverluste durch sogenannte Freischichten und Lohnkürzungen hinnehmen. 1936 kaufte Flick vom Reich die Aktien zurück. Vorher war die Gelsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft in der Essener Steinkohlenbergwerke AG aufgegangen.

Landrat mit guten Verbindungen



Kommissarischer Landrat des Kreises Unna Wilhelm Tengelmann

Hilfreich für die Einrichtung des Konzentrationslager Schönhausen war sicherlich, dass Landrat Wilhelm Tengelmann seit 1930 Betriebsinspektor auf der Schachtanlage Monopol in Kamen war, also als Chef direkten Zugriff auf das Wohlfahrtsgebäude hatte. Seinen Posten in Kamen und den des Landrats Unna gab er 1933 auf, nachdem ihn sein Freund Hermann Göring als Wirtschaftsberater nach Berlin gerufen hatte. Wilhelm Tengelmann war übrigens ein Sohn Vorstandsvorsitzenden der Essener Steinkohlenbergwerke AG, Ernst Tengelmann. Ab 1930 unterstützten die Tengelmänner, dazu gehörte auch Wilhelms Bruder Walter, wie Friedrich Flick finanziell die NSDAP. Das war einer von vielen Vorwürfen gegen Flick und seine Wegbegleiter in den Kriegsverbrecherprozessen in Nürnberg.

Ein vielleicht ebenso wichtiger Grund für die Einrichtung des KZ war für die Nazis, dass trotz ihres Terrors, der nach dem Reichtagsbrand am 27. Februar 1933 verstärkt wurde, und trotz aller Propaganda die meisten Menschen im Kreis Unna sich nicht mit den neuen braunen Herrschern anfreunden konnten. So feierten zum Beispiel die Bergkamener Nazis die Ernennung

Hitlers zum Reichskanzler mit zweitägiger Verspätung unter massivem Polizeischutz mit einem Fackelzug erst am 1. Februar.

Dass die meisten Bergkamener den Nationalsozialisten ablehnend gegenüberstanden, zeigen auch die Ergebnisse der Reichstagswahlen am 7. März: Nur 32,9 % der Stimmen erhielt die NSDAP in Bergkamen. Bei den Kommunalwahlen fünf Tage später traten die Nazis in der Hoffnung, so Stimmen aus dem bürgerlichen Lager zu erhalten, nicht unter ihrem Parteinamen, sondern als "Liste Schmidt" an. Die Liste gewann aber nur sieben von 15 Sitzen im neuen Gemeinderat. Die Stimmenmehrheit war erst sicher, nachdem der Gemeindevertreter der KPD vor der konstituierenden Sitzung verhaftet wurde. Bei der Bürgermeisterwahl erhielt der bisherige sozialdemokratische Gemeindevorsteher Dröge nur die fünf Stimmen seiner eigenen Partei und unterlag.

Mit der Bewachung der Gefangenen und der Verwaltung des Konzentrationslagers Schönhausen beauftragte Tengelmann als Polizeichef SA, SS und Stahlhelmmänner der Hilfspolizei Kamen-Bergkamen. Für sie wurde im Zechenkasino von Grimberg I/II eine zweite Bereitschaftsunterkunft eingerichtet.

Nach den Kommunisten kamen die Sozialdemokraten

Zu den prominenten Sozialdemokraten unter den Schönhausen-Häftlingen gehörten der Monopol-Betriebsrat und Vorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion in Kamen, Valentin Schürhoff und der Chefredakteur der SPD-Zeitung "Der Hammer", Walter Poller. Ein enger Mitarbeiter Walter Pollers in der Redaktion des "Hammers", Hubert Biernat, konnte sich allerdings der Inhaftierung durch Flucht aus der elterlichen Wohnung, Reinhardstraße 1, in Heeren-Werve entziehen, indem sein Vater, Bergmann auf der Schachtanlage Königsborn 2, die SA-Leute täuschte.



Walter Poller und Frau im Garten beim Kaffeetrinken

Biernat, der nach dem Krieg Landrat des Kreises Unna, Regierungspräsident in Arnsberg, Abgeordneter des NRW-Landtags und NRW-Innenminister werden sollte, ging in den Untergrund und flüchtete übers Rheinland nach Belgien. Im Spätherbst 1933 kehrte er ins östliche Ruhrgebiet zurück und schloss sich der Widerstandsgruppe um Walter Poller an. In der Nacht zum 1. November 1934 verhaftete die Gestapo erneut Walter Poller. Trotz brutaler Folter in der berüchtigten Dortmunder "Steinwache" verriet er keinen seiner Mitstreiter. Am 29. Juni 1935 wurde Poller wegen "Vorbereitung zum Hochverrat" zu einer Zuchthausstrafe von vier Jahren verurteilt. Die verbrachte er Gefängnissen in Münster, Neusustrum, Börgermoor, Plötzensee, Oslebshausen, Celle und dem Moorlager Lührsbockel in der Lüneburger Heide. Danach wurde er erneut verhaftet und über Celle und Dortmund ins KZ Buchenwald gebracht. Seine Erinnerungen fasste Walter Poller in dem Buch "Arztschreiber in Buchenwald" zusammen. 1940 wurde er aus dem KZ entlassen. Nach dem Krieg wurde Poller erster Chefredakteur der "Westfälischen Rundschau".

Am 20. Oktober 1933 teilte der neue Unnaer Landrat Dr. Heinrich Klosterkemper der Lagerverwaltung mit, dass auf Anordnung des preußischen Innenministers die kleineren Lager, also auch das Konzentrationslager Schönhausen, aufzulösen seien. Dieser Anordnung kam man am 24. Oktober 1933 nach. Die

letzten Häftlinge wurden entweder entlassen oder in die Emslandlager und das KZ Oranienburg verlegt.